

An die Bundestagsabgeordneten  
Bärbel Bas, Dr. Lars Castellucci, Dr. Karamba Diaby,  
Sabine Dittmar, Martin Gerster, Johannes Kahrs, Ulrich Kelber,  
Christian Lange, Ulli Nissen, Aydan Özoğuz, Martin Rabanus,  
Bernd Rützel, Marianne Schieder, Dr. Dorothee Schlegel,  
Rainer Spiering, Andrea Wicklein, Manfred Zöllmer, Brigitte Zypries

Dr. Felix Kolb  
Campact e.V.  
Artilleriestr. 6  
27283 Verden  
Tel. 0 42 31. 957 480  
Fax 0 42 31. 957 499  
kolb@campact.de

Zur Kenntnis:

An den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Thomas Oppermann  
und die Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht

Verden, den 22. November 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

mehrere Campact-Aktive haben uns gleichlautende Antworten von Ihnen auf Mails nach unserer Vorlage weitergeleitet. In dieser Antwort werfen Sie Campact Falschinformation vor - ein schwerer Vorwurf, den sie in der Folge nicht belegen. Im Gegenteil enthält Ihre Antwort sogar Behauptungen, die keine faktische Grundlage haben. Wir erlauben uns hier im Einzelnen auf das Schreiben einzugehen:

*Sie schreiben: Zur Behauptung von Campact, CETA würde ohne Debatte im Europäischen Parlament (EP) verabschiedet, möchte ich Ihnen gerne einige Informationen geben.*

*In der Sache hat Campact Ihnen eine Falschinformation gegeben. Das Europäische Parlament hat bereits am 10. Oktober 2016 im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) eine Aussprache zu den nächsten Verfahrensschritten im EP nach der Unterzeichnung des Abkommens durchgeführt.*

Das ist richtig, aber wir haben auch nichts Gegenteiliges behauptet. Das Ergebnis der INTA-Sitzung vom 12. Oktober (nicht 10. wie Sie schreiben) ist uns bekannt und Anlass großer Besorgnis. INTA hat auf dieser Sitzung unter Punkt 13 der Tagesordnung eine Begleitresolution zu CETA (nach 99.1 der Verfahrensordnung des EP) abgelehnt<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup>Siehe Protokoll des INTA-Ausschusses vom 12. Oktober 2016  
(<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-592.125%2b01%2bDOC%2bWORD%2bV0%2f%2fDE>)

Der nun beschlossene Zeitplan ist sehr eng, was sehr wenig Zeit für die genaue Beratung und Prüfung von CETA erlaubt. Das Plenum soll nun bereits am 14. Dezember abstimmen, nur neun Tage nach der Abstimmung im Handelsausschuss am 5. Dezember, und keine vier Wochen nachdem am 21. November das Abkommen mit über 1.500 Seiten, einer gemeinsamen Auslegungserklärung und 38 Zusatzerklärungen dem Parlament offiziell zugeleitet wurde.

Damit haben insbesondere andere Ausschüsse, deren Themen von CETA betroffen sind, kaum die Möglichkeit, sich eingehend mit den Auswirkungen von CETA auf die Themen ihrer Zuständigkeit zu befassen. Drei Ausschüsse haben sich entschieden, eine Stellungnahme zu CETA zu verfassen. Der Auswärtige Ausschuss AFET hat sehr kurz und lapidar die Zustimmung empfohlen, der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales EMPL hat den Entwurf einer kritischen Stellungnahme vorgelegt, die die Ablehnung empfiehlt, und der Umweltausschuss ENVI hat ebenfalls eine kritische Stellungnahme verfasst. Beide Ausschüsse (EMPL und ENVI) baten um mehr Zeit für die Diskussion.

Am vergangenen Donnerstag den 17. November hatte die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden des Europaparlaments unter Vorsitz von Martin Schulz (SPD) beschlossen, dass den beiden Ausschüssen EMPL und ENVI nicht erlaubt werde, ihre kritischen Stellungnahmen abzugeben - angeblich wegen Problemen mit dem (viel zu engen) Zeitplan. Nach Protesten der betroffenen Abgeordneten werden die Stellungnahmen nun doch zugelassen, aber mehr Zeit wird diesen Ausschüssen nach wie vor nicht eingeräumt.

Sie schreiben: *In einer außerordentlichen Plenarsitzung im November des Jahres wird sich das Plenum des Europäischen Parlamentes mit CETA beschäftigen.*

Wir bitten Sie, uns mit Verweis auf die Website des Europaparlaments oder andere offizielle Dokumente diese Behauptung zu belegen. Nach Auskunft der Pressestelle des Europaparlaments gibt es keine "außerordentliche Plenarsitzung". Falls sich die Planung einer solchen Sitzung nicht belegen lässt, bleibt festzuhalten, dass Sie Falschinformationen an die Bürger/innen verbreiten.

Sie schreiben: *Darüber hinaus wird es eine Ausschusssitzung des zuständigen INTA-Ausschusses im EP gemeinsam mit Vertretern nationaler Parlamente geben, an der der Deutsche Bundestag ebenfalls teilnehmen wird. Voraussichtlich wird diese gemeinsame Aussprache der Parlamentarier noch im November stattfinden.*

Das ist, gelinde gesagt, eine Schönfärberei. Nach der uns vorliegenden Einladung des Ausschussvorsitzenden Bernd Lange MEP ist nur ein Mittagessen am 29. November geplant. Je ein Vertreter jedes nationalen Parlaments soll nach Auskunft des Büros Ska Keller MEP eingeladen

werden - aus dem Bundestag also voraussichtlich Herr Ramsauer von der CSU, von dem hier sicher keine kritischen Fragen zu erwarten sind. Von einem "ausführlichen Anhörungsprozess mit den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft", der die "kontrovers diskutierten Fragen erörtert und Lösungsansätze entwickelt", wie von der SPD in Wolfsburg beschlossen, keine Rede!

*Sie schreiben: Ob und ggfs. wie die Zivilgesellschaft im Weiteren vom Europäischen Parlament oder den einzelnen Fraktionen eingebunden wird, ist seine autonome Entscheidung bzw. die Entscheidung der jeweiligen Fraktion.*

Die SPD hat in Wolfsburg beschlossen: "Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen."

Uns ist nicht bekannt, dass die SPD auch nur versucht hätte, solch eine Anhörung zu realisieren. Warum ergreifen die Sozialdemokraten im Europaparlament nicht solch eine Initiative, was durchaus möglich wäre, ohne dafür die Zustimmung aller anderen Fraktionen zu erhalten?

*Sie schreiben: Die abschließende Plenarbefassung im EP ist für Dezember 2016 oder Januar 2017 geplant. Auch hier irrt Campact, wenn die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit von begleitenden Resolutionen verneint wird. Hierzu sollte man sich aus Respekt vor der demokratischen Entscheidungsfindung im EP nicht in Behauptungen oder Mutmaßungen ergehen.*

Die Abstimmung im Plenum ist aktuell für den 14. Dezember terminiert. Was eine begleitende Resolution angeht: Der Handelsausschuss INTA hat unter Vorsitz des SPD-Europaabgeordneten Bernd Lange am 12. Oktober beschlossen, dass CETA ohne begleitende Resolution des Parlaments unter Federführung von INTA beschlossen werden soll (Punkt 13.1 des Protokolls von INTA vom 12.10.2016). Solche Resolutionen gab es stets zu vergangenen Abstimmungen über Handelsabkommen (z.B. mit Kolumbien und Peru, Zentralamerika) und sie waren das Instrument, an dem sich eine intensive Debatte des Parlaments (inklusive weiterer Ausschüsse) über die kritischen Punkte des Abkommens entzündete. Was nun nur noch möglich ist, sind Entschließungsanträge einzelner Fraktionen, die aber nicht interfraktionell debattiert werden und daher keine große Debatte auslösen. Bisher wurde CETA nur in einem einzigen Entschließungsantrag vom 10.12.2013 umfassend behandelt, zu einem Zeitpunkt an dem noch nicht einmal das CETA-Mandat öffentlich zugänglich war.

*Sie schreiben: Danach, voraussichtlich ab März 2017, wird die vorläufige Anwendung der in EU-Zuständigkeit liegenden Teile von CETA ermöglicht. Dies wird insbesondere den Zollabbau betreffen. Auf keinen Fall aber können die Vorschriften über Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren vorläufig angewendet werden. Zu diesem Bereich wird Belgien auch noch ein Gutachtenverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof anstrengen, um die Vereinbarkeit der Regelungen mit dem Europarecht prüfen zu lassen.*

Ein von 89 Abgeordneten mehrerer Fraktionen (Sozialdemokraten, Liberale, Grüne und Linke) unterstützter Entschließungsantrag, den Europäischen Gerichtshof (EUGH) zur Überprüfung der Vereinbarkeit von CETA mit europäischem Recht anzurufen, soll morgen auch mit extrem kurzem Prozess abgestimmt werden. Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden unter Vorsitz von Martin Schulz beschloss am vergangenen Donnerstag (17.11.2016), keine Debatte zum Thema zuzulassen, und diese Debattenverweigerung wurde am Montag (21.11.2016) im Plenum bestätigt. All dies, obwohl zahlreiche Juristen, nicht zuletzt der deutsche Richterbund, die Anrufung des EUGH angemahnt hatten. Die CETA-Befürworter riskieren damit, dass das Europaparlament einen Vertrag beschließt, der sich als europarechtswidrig herausstellt.

Wir bitten Sie deshalb darum, ihren Vorwurf der Falschinformation in einem Schreiben an sämtliche Campact-Aktive, die Sie angeschrieben haben, zurückzunehmen. Zumindest aber fordern wir Sie dazu auf, sämtliche Campact-Aktive darüber zu informieren, dass es anders als von Ihnen behauptet im November keine außerordentliche Plenardebatte zu CETA geben wird. Wir bitten Sie ferner, uns dies zuzusagen - wegen der Eilbedürftigkeit noch heute. Wir behalten uns weitere Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema vor.

Selbstverständlich sind wir darüber hinaus bereit, ihnen unseren Standpunkt in einem persönlichen Gespräch zu erläutern. Nehmen Sie dazu gerne Kontakt mit mir auf.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Felix Kolb  
Geschäftsführender Vorstand